

Der Reichsrat stimmt der Befoldungsvorlage zu.

Berlin, 15. Dezember. Der Reichsrat erklärte sich in seiner Vollversammlung am Donnerstag einstimmig mit der Befoldungsvorlage in der Fassung der Reichstagsbeschlüsse einverstanden, Bayern, Thüringen, Württemberg und einige andere kleinere Staaten ließen erklären, daß sie zwar insbesondere aus finanziellen Gründen mit der Vorlage nicht einverstanden seien, aber im Interesse der Beamtenchaft von einem Einspruch Abstand nähmen.

Einverstanden erklärte sich der Reichsrat auch mit einer Verordnung, die gleichzeitig mit der Befoldungsvorlage in Kraft treten soll, wonach die bisherigen örtlichen Sonderzuschläge aufgehoben werden sollen. Nur in den Orten des besetzten Gebietes wird längstens für die Dauer der Gewährung der Befoldungszulage noch der Zuschlag gewährt, aber zu einem ermäßigten Prozentsatz. Der Reichsrat erklärte sich weiter mit den Reichstagsbeschlüssen zu dem Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seeleute einverstanden. Dem Badischen Bäcker-Innungsverband in Karlsruhe wurde die Rechtsfähigkeit verliehen. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf betreffend ein Abkommen mit Finnland über die Unfallversicherung. Die Geltungsdauer der Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken wurde bis Ende Dezember 1929 verlängert. Das Kriegsbeschädigten-Schutzgesetz wurde angenommen. Aus finanziellen Gründen ist von dem Reichsrat an den Sägen der Vorlage nichts geändert worden.

Eine Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Wohnungsnot.

Berlin, 15. Dezember. Der Reichsarbeitsminister hat im Reichstag eine Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung vorgelegt. Sie zerfällt in drei Abschnitte, und zwar 1. Wohnungsnot und Wohnungsbedarf, 2. Mieterschutz, Zwangswirtschaft und Mietbildung, 3. der Wohnungsbau. Es handelt sich bei der Arbeit um eine gründliche und umfangreiche Darstellung aller mit dem Wohnungsbau zusammenhängenden Fragen. Im ersten Abschnitt wird u. a. auf eine Unterjochung des statistischen Reichsamtes über den Ueberfluß der Zahl der Haushaltungen über die Zahl der Wohnungen Bezug genommen, die zu dem Ergebnis geführt hatten, daß unter gewissen Vorbehalten für Ende 1926 mit einem Haushaltsüberschuß von etwa 950 000 und für die Zeit bis 1935 mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von rund 200 000 Haushaltungen zu rechnen ist. Von 1935 ab wird voraussichtlich der scharfe Geburtenrückgang in der Kriegs- und Nachkriegszeit in der Wohnungsnachfrage zum Ausdruck kommen. Im zweiten Abschnitt werden die Maßnahmen des Reiches und der Länder gegen den Wohnungsmangel dargelegt und auch die Frage der Mieterhöhung eingehend behandelt. Im dritten Abschnitt geht die Denkschrift auf die wirtschaftliche Bedeutung des Wohnungsbau und auf den Zusammenhang von Wohnungsbau und Wirtschaftskontunktur ein. Es wird dann die Bauaktivität seit dem Jahre 1924 und ihre Finanzierung geschildert. In 42 Anlagen befindet sich eingehendes statistisches Material, das die Ausführungen der Denkschrift vervollständigt.

Dollaranleihe für die Reichsbahn?

400 Millionen Mark.

Zwischen dem Reparationsagenten Barter Gilbert und dem Direktor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dormüller, haben in der letzten Zeit Verhandlungen über eine Kapitalaufnahme auf dem amerikanischen Geldmarkt stattgefunden. Auch der Reichsbahnpräsident Dr. Schacht war an den Besprechungen beteiligt. Ein bestimmtes Ergebnis haben die Verhandlungen noch nicht gehabt, doch glaubt man, daß demnächst Übereinstimmung erfolgt werden.

Von einigen Seiten will man wissen, die Anleihe werde 100 Millionen Dollar oder 400 Millionen Reichsmark umfassen und es sollen dafür Vorzugsaktien der Reichsbahn begeben werden. Die Beträge seien dazu bestimmt, das Reform- und Aufbauprogramm der Reichsbahn durchzuführen zu helfen.

Der Reparationsagent hat sich inzwischen nach Amerika eingeschifft. Vermutet wird, daß er seinen Aufenthalt in Amerika benutzen wird, um mit den in Frage kommenden Banken das Anleiheprojekt soweit zu erörtern, daß es Anfang des nächsten Jahres abschlußreif ist.

Berlin, 15. Dezember. Von zuständiger Seite erfährt die Telegraphen-Union zu der Anleihefrage der Reichsbahn:

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft beabsichtigt schon im Frühjahr d. J. für die werdenden Anlagen ihres Jahresprogrammes Vorzugsaktien auszugeben. Mit der Reichsregierung wurde jedoch damals vereinbart, hinter der Reichsanleihe zurückzustehen und erst im Laufe des Herbstes d. J. an den Markt zu gehen. Leider erwies sich diese Absicht als nicht ausführbar, weil inzwischen der deutsche Markt seine Aufnahmefähigkeit verloren hatte und einer Auslandsanleihe sich die bekannten Schwierigkeiten entgegenstellten.

Seitdem ist die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft bemüht, diese Schwierigkeiten zu beheben, und es haben zu diesem Zweck wiederholte Vorbesprechungen sowohl mit der Reichsregierung wie mit dem Reichsbahnpräsidenten, mit dem Eisenbahnkommissar, wie mit dem Generalagenten für Reparationszahlungen stattgefunden.

Zu einem Ergebnis, wonach mit einer alsbaldigen Ausgabe von Vorzugsaktien gerechnet werden könnte, ist es jedoch bisher nicht gekommen. Nach wie vor legt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft besonderen Wert darauf, ihre Vorzugsaktien auf dem deutschen Markt unterzubringen. Nur soweit die auf dem deutschen Markt aufzubringenden Mittel für die Reichsbahn nicht ausreichen, würde der Auslandsmarkt beansprucht werden müssen.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Verlängerung des Mieterschutzgesetzes.

Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstages ist bekannt geworden, daß die Gesetzentwürfe zur Änderung des Reichsmiet- und des Mieterschutzgesetzes vom Reichstag nicht mehr verabschiedet werden können. Die Regierungsparteien haben inzwischen einen Antrag gestellt, das bestehende Mieterschutzgesetz, das am 31. Dezember ablaufen würde, bis zum 15. Februar zu verlängern. Der Wohnungsausschuß will seine Arbeiten bereits am 11. Januar wieder aufnehmen, damit im Ausschuß die Novelle zum Mieterschutzgesetz rechtzeitig verabschiedet werden kann.

Wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung.

Nachdem sich der Berufsverband Deutscher Buchdrucker und Hilfsarbeiter dem Reichsbund Deutscher Arbeiter angeschlossen hat, beschloß in der Vorstandssitzung vom 14. Dezember 1927 der Vorstand des Berufsverbandes Deutscher Hotel- und Restaurantangestellten, Sitz Berlin, einstimmig, sich ebenfalls dem Reichsbund Deutscher Arbeiter, der unter der Führung des Landtagsabgeordneten Albert Wiedemann steht, anzuschließen, um somit die Einheitsfront der unabhängigen nationalen deutschen Arbeitnehmerbewegung zu stärken.

Innenpolitischer Streitfall in Mecklenburg-Strelitz.

Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz nahm mit 18 gegen 15 Stimmen einen Antrag an, wonach die Deutschen zwei Mandate verlieren, die Wölkischen und die Deutsche Volkspartei je ein Mandat gewinnen sollen. Der Beschluß basiert darauf, daß die Wahlrechnung dem Verhältniswahlsystem nicht gerecht werde. Die Regierung und die Deutschnationale Volkspartei haben erklärt, daß sie den Staatsgerichtshof anrufen werden. Die Regierung hat weiterhin erklärt, daß sie die Beschlüsse des Landtages nicht anerkennen werde, da er verfassungsmäßig zusammengesetzt sei.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Außenminister Dr. Stresemann reist nach Königsberg. Der Reichsaußenminister wird bis Sonnabend in Königsberg bleiben, um Besprechungen mit den Führern seiner Partei zu halten, und sich dann wieder nach Berlin zurückzugeben.

Berlin. Der österreichische Gesandte Dr. Frank ist in Berlin nach seiner Wiederherstellung von gefährlicher Krankheit wieder eingetroffen und wurde am Bahnhof auch von deutschen Regierungsvertretern herzlich begrüßt. Er wird seine Amtsgeschäfte am 1. Januar aufnehmen.

Bern. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte dem Vorschlag der bürgerlichen Parteien entsprechend zum schweizerischen Bundespräsidenten für das Jahr 1928 den bisherigen Vizepräsidenten Schulthess mit 156 von 175 gültigen Stimmen.

Paris. Der hier weilende litauische Ministerpräsident Bolewars reist nach Rom über Berlin zurück, wo er sich ein bis zwei Tage aufhalten gedenkt.

Paris. Das amtliche Blatt veröffentlichte die am 3. Oktober in Paris unterzeichneten deutsch-französischen Reichshilfsabkommen, die somit Gesetzeskraft erlangt haben.

Kanton. Die kantonische Regierung hat 13 Russen verhaftet, die sie für die jüngsten Unruhen verantwortlich macht. Drei von ihnen wurden sofort erschossen. Die übrigen wurden vor ihrer Hinrichtung durch die Straßen der Stadt zur Schau herumgeführt.

Deutscher Reichstag.

(359. Sitzung.)

CB. Berlin, 15. Dezember.

Novelle zum Reichsverforgungsgesetz.

Die zweite Beratung der Novelle zum Reichsverforgungsgesetz und zu anderen Versorgungsgesetzen steht auf der heutigen Tagesordnung. Die Bezüge für die Rentner sollen entsprechend den beschlossenen Befoldungserhöhungen auch erhöht werden. Der Ausschuß hat weitere Ergänzungen über die Regierungsvorlage hinaus beschlossen. Der Entwurf bringt auch eine Erhöhung der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenbezüge.

Abg. Frau Reiche (Soz.) bedauerte, daß die von allen Parteien als berechtigt anerkannte Forderung des Einbaues der vielen Zulagen an dem Widerspruch des Reichsfinanzministers gescheitert sei. Die Rednerin begründete dann mehrere sozialdemokratische Vorlagen auf weitere Erhöhungen.

Abg. Dr. Kropke (Ztr.) begrüßte die Vorlage, die einen Ausgleich der schlimmsten Härten biete. Die Erfüllung weitergehender berechtigter Wünsche sei leider durch die ungünstige Finanzlage unmöglich gemacht worden.

Abg. Hüller (Dtn.) meinte, auf der Versorgung unserer Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen lasse die doppelte Tragik der großen Zahl der zu Versorgenden und der ungeheuren finanziellen Belastung Deutschlands. Deshalb könne auch die vorliegende Novelle keinen endgültigen Abschluß bilden.

Abg. Thiel (D. Vp.) bat die Regierung, sie möge beim Ausbau der Sonderzuschläge im besetzten Gebiet und in einigen Großstädten nicht ein zu rasches Tempo einschlagen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

äußerte starke Bedenken gegen die Einführung von Sterbegeldern für die Kriegshinterbliebenen. In Rechtsanspruch dieser Art bestände bisher weder in der Sozialversicherung noch in der Beamtenbefoldung. Die Einführung des Sterbegeldes beim Versorgungswesen würde zu ähnlichen Forderungen auch auf anderen Gebieten führen. Das Sterbegeld würde Personen zugute kommen, die in keinen näheren Beziehungen zu den Kriegseingesetzten gestanden hätten. Er bitte dringend, diesen Vorschlag des Ausschusses abzulehnen.

Abg. Spyrer (Dem.) stellte fest, daß alle Parteien über die Notwendigkeit der Vorlage einig seien und auch darüber, daß sie einen wesentlichen Fortschritt bedeute. Der Redner trat für das Sterbegeld ein.

Abg. Weber-Düffeldorf (Komm.) forderte beträchtliche Erhöhung der Versorgungssätze.

Die Ausschlußberatungen

über das Reichsschulgesetz bis zum 9. Januar vertagt.

Berlin, 15. Dezember. Der Bildungsausschuß des Reichstages hat sich heute bereits bis zum 9. Januar vertagt, ohne die erste Lesung des Schulgesetzentwurfes zu Ende zu führen. Von den insgesamt 20 Paragraphen der Vorlage hat der Ausschuß erst 13 erledigt.

Die Novelle zum Reichsverforgungsgesetz vom Reichstag angenommen.

Berlin, 15. Dezember. Im Reichstag wurde heute die Novelle zum Reichsverforgungsgesetz, die auf Grund der Erhöhungen der Beamtenbefoldung auch eine Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen bringt, in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen.

Die rote Herrschaft in Kanton.

Peking, 15. Dezember. Nachdem in Kanton die Gewalt sich wieder vollständig in den Händen der Regierungstruppen befindet, lassen sich die während des kommunistischen in Kanton angerichteten Schäden genau übersehen. Danach gehört der Putz zu dem schlimmsten, was Kanton in der letzten Zeit erlebt hat. Ganze Stadtteile sind in Asche gelegt und Hunderte von Polizisten und Anhängern der Regierung getötet worden. Alle Säden sind geplündert worden. Von dem gänzlich zerstörten Gebäude der Zentralbank blieb lediglich der feuerfeste Tresor unversehrt.

Von den Aufständischen sind die meisten geflohen. Gegen die Gefangenen gehen die Regierungstruppen mit äußerster Strenge vor, indem sie nach chinesischem Brauch kurzen Prozess mit ihnen machen. Die Straßen sind überfüllt mit den Leichen der Hingerichteten. Die Regierung hat die Bevölkerung in einem Aufruf aufgefordert, alle Kommunisten anzugeben, die sich noch versteckt halten.

Flugzeug und Handelskrieg.

Kriegerische Begegnungen zwischen Handelschiffen und Flugzeugen sind im letzten Jahre zwar vereinzelt vorgekommen, sie bildeten jedoch eine Ausnahme. Die Entwicklung des Flugzeuges läßt erwarten, daß es in einem neuen Kriege, mit dem man trotz aller Friedenskonferenzen und Abrüstungsreden leider rechnen muß, in einem bisher ungeahnten Maße zur Bekämpfung der Handelschiffahrt herangezogen werden wird. Man studiert diese Frage daher in allen Ländern mit großer Aufmerksamkeit, unter anderen widmet ihr Wisse Guadagnini in der angesehenen Bologneser Zeitung „il Resto del Carlino“ einen längeren Aufsatz, der in seinen wesentlichen Gedankengängen auch bei uns Interesse erregen dürfte.

Die Handelsblockade dürfte nach Guadagnini auch im nächsten Kriege eine große Rolle spielen. Neben dem U-Boot wird aber auch das hochentwickelte Flugzeug eine ähnliche Aufgabe zugewiesen erhalten; daraus ergibt sich die Notwendigkeit, diese Frage in ihrem ganzen Umfang sowohl unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der eigenen Handelschiffahrt als auch im Hinblick auf die Angriffsmöglichkeiten gegen die feindlichen Handelschiffe zu prüfen.

Auf der fruchtbarsten verlaufenen Seeabrisungs-konferenz in Genf hat Groß-Britannien amtlich erklären lassen, daß es im Falle eines Krieges nur über Lebensmittel für acht Wochen verfügt, nach deren Verbrauch es sich ergeben müsse, wenn die Zufuhren aus Uebersee ausbleiben. Dies Zugeständnis — das im Interesse einer Stärkung des englischen Standpunktes sicherlich übertrieben ist — wird dadurch bedeutungsvoll, daß England hierdurch selbst auf seine verwundbarste Stelle hinweist; es hat auch gleichzeitig mit Nachdruck betont, daß es über eine Kriegsflotte verfügen muß, welche die Sicherheit der Handelswege des Reiches verbürgt. Hat man in London aber daran gedacht, daß auch aus der Luft Großangriffe auf die Handelswege erfolgen und die begleitenden Kriegsschiffe dagegen keinen Schutz gewähren können?

Das Flugzeug hat in Weltkriege und in den Jahren nachher, in denen fast die ganze zivilisierte Welt von einem Netz von Post- und Handelsluftwegen überzogen wurde, einen außerordentlich hohen Grad der Vollkommenheit erreicht, insbesondere was Sicherheit und Zuverlässigkeit des Fluges, Unabhängigkeit der einzelnen Maschine, Genauigkeit der Navigation und — bei den Kriegsluftzeugen — auch die Treffsicherheit der Angriffs- und Verteidigungswaffen angeht. Jede Woche bringt einen neuen Fortschritt, der im Bedarfsfall ohne weiteres für zerstörende und tödbringende Zwecke nutzbar gemacht werden kann. Das Wasserflugzeug wird in der Behauptung der Seehererschaft zunächst nicht die entscheidende Bedeutung der Kriegsschiffe erreichen, sie aber in zahlreichen Fällen ersetzen können.

Die Flugzeugerbauer haben heute die Aufgabe, eine Maschine zu schaffen, welche gestattet, Handelschiffe bei Tag oder bei Nacht auf den gewöhnlichen Verkehrsweegen oder abwärts derselben schnell festzustellen, ihnen mittels Funkpruch oder Signal die erforderlichen Anweisungen zu geben und sie plötzlichen Angriffen überlegener feindlicher Luftstreitkräfte zu entziehen. Für alle diese Zwecke muß das Flugzeug die Möglichkeit besitzen, sich von den heimatischen Stützpunkten ungehindert entfernen und nach Belieben wieder dahin zurückkehren zu können. Weiter ist eine ausreichende Bewaffnung gegen feindliche Flieger erforderlich, und ein gewisses Maß von Angriffswaffen für den Fall, daß man das aufgebracht Schiff nicht verkennt, sondern zum nächsten Hafen führen oder auf den Strand setzen will. Das Flugzeug muß imstande sein, langsam genug zu fliegen, um seine Beute begleiten zu können; es muß aber auch nötigenfalls in der Lage sein, seine Schnelligkeit genügend zu steigern, um nicht das Opfer überraschend auftretender stärkerer feindlicher Kräfte zu werden. Endlich muß es ohne Schwierigkeit jederzeit auf dem Wasser niedergehen und wieder aufsteigen können, falls es nötig sein sollte, an Bord eines Schiffes zu gehen. — Man kann sich ganz gut vorstellen, daß es im nächsten Kriege nach dem Vorbild der Handelskreuzer besondere Handelsluftkreuzer geben wird, denen selbständig oder in Verbindung mit kleineren Streitkräften Angriff, Verteidigung, Aufklärung und Nachrichtenübermittlung obliegen.

Man hat gesagt, das Handelschiff sei gegen Angriffe aus der Luft wehrlos und nicht zu schützen. Wehrlos ist es, weil es, einmal entdeckt, wegen des gewaltigen Schwundigkeitsunterschieds keine Möglichkeit zur Flucht besitzt und auch nur in den seltensten Fällen mit Luftabwehrschiffen ausgerüstet ist. Eine solche Spezialbewaffnung würde, abgesehen von den riesigen Kosten, schon deshalb unmöglich sein, weil genügend geschulte Mannschaften nirgends zur Verfügung stehen. Ein ausreichender Schutz wäre vielleicht durch die Zuteilung einer hinreichend starken Begleitmacht gewährleistet, sei es zu Wasser oder in der Luft. Doch bleibt es zweifelhaft, ob der erstrebte Erfolg damit erreicht würde. Lufthandelskreuzer, mögen sie einzeln oder in Schwadronen auftreten, werden ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit die feindlichen Handelschiffe angreifen und sie zu vernichten suchen, ohne sich um die Begleitfahrzeuge viel zu kümmern. Denn schon ein einziges Truppenfahrzeuges viel zu kümmern. Denn schon ein einziges Truppenfahrzeuges viel zu kümmern. Denn schon ein einziges Truppenfahrzeuges viel zu kümmern.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Zwei Verhaftungen in der Brandenburger Mordaffäre.

Berlin, 15. Dezember. Im Verlauf der Ermittlungen nach den Mördern des Brandenburger Brauereibesitzers Julius Freydanck wurden in der vergangenen Nacht in Brandenburg zwei junge Leute, der 18 Jahre alte Erich Schmidt und der 20 Jahre alte Willy Schmidt, beide erwerbslose Arbeitsburshen, unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen. Sie bestreiten die Tat und wollen einen Alibibeweis antreten. Es sind gegen sie jedoch zahlreiche schwerwiegende Verdachtsmomente vorhanden, darunter auffallende Gelbtaugaben und beträchtliche Neuanischaffungen. Willy Schmidt war früher in der Bierbrauerei beschäftigt und hatte mit Freydanck wegen seines Lohnes einen Konflikt, als er dann den Dienst verließ.

Ein 53jähriger Knabe verbrannt.

Nendeburg, 15. Dezember. Heute vormittag brach in einem Hause in Unwesenheit des Besitzers ein Feuer aus, das sehr schnell um sich griff. Ein Chauffeur, der mit seinem Wagen zufällig des Weges kam, stieg in das völlig verraucherte Haus ein und konnte den 53jährigen Sohn des Besitzers retten, während ein 53jähriger Knabe den Tod in den Flammen fand. Der Chauffeur hat bei dem Rettungswerk mehrere Verletzungen erlitten. Das Haus ist völlig niedergebrannt.

Krönung des Kaisers von Japan.

Paris. Wie die Agentur Jndopacifique aus Tokio berichtet, wird die Krönung des neuen Kaisers von Japan am 10. November 1928 in Kioto vorgenommen werden.